

Beschluss Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der Politik.
5 Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle
9 wünschen würden. Die Expert*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18

19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem
39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

44 Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen die Partei, die aus der Umwelt- und
46 Friedensbewegung der DDR und aus den Bürgerbewegungen der friedlichen Revolution
47 entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik im Zentrum, die
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat. Die Entscheidung nun in
49 eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns vor schwierige
50 Abwägungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der Ukraine mehrheitlich zu
51 dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von uns eine Zumutung dar.
52 Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als Blaupause verstehen, um eine
53 Abkehr von unserer bisherigen Friedenspolitik einzuleiten. Vielmehr wird gerade
54 jetzt klar, wie wichtig eine wertegeleitete, weitsichtige, nicht nur an Handels-
55 und Territorialinteressen orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welche
56 wichtigen Anteil für Friedensprozesse der Pazifismus in seinen verschiedenen
57 Erscheinungsformen spielt. Deutlich wird auch, dass die Vernachlässigung von
58 kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse
59 keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir dazu, der Ukraine alles zu
60 liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu verteidigen. Die Situation ist
61 im Gegensatz zu den meisten Konflikten klar und eindeutig: die militärische
62 Großmacht Russland überfällt, getrieben von einer imperialistischen
63 nationalistischen Ideologie völkerrechtswidrig einen kleineren Nachbarn mit dem
64 erklärten Ziel, dessen Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner,
65 demokratischer Staat nimmt lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein
66 Ausbleiben der Unterstützung würde global einen gefährlichen Präzedenzfall
67 schaffen, der völkerrechtliche Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als
68 Vorbild dienen kann, in ein anderes schwächeres Land einzumarschieren. Für die
69 Sicherheitslage in Europa wäre überdies ein russischer Sieg in diesem Krieg
70 fatal.

71

72 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer
73 Aufrüstungsspirale kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen
74 kritisch gegenüber. Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr, die in der
75 Lage sein muss ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen,
76 in einem miserablen Zustand ist. Die Vergangenheit zeigt allerdings, dass
77 pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die Finanzierung der Bundeswehr ist in
78 den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Deutschland gibt bereits jetzt im
79 internationalen und europäischen Vergleich enorme Summen für Rüstung aus. Eine
80 deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der Ausstattung und der
81 Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher sichergestellt werden,
82 dass weder das Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in komplizierten
83 Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert. Daher müssen
84 zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert werden. Für
85 die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten mit den europäischen
86 Partnern gut abgestimmten Plan, um die notwendige Ausrüstung klug anzugehen.
87 Außerdem muss dringend mehr Geld in Katastrophenschutz und Cybersicherheit
88 geben. Sie sind bei der notwendigen Ausgestaltung der Landesverteidigung
89 essenziell.

90 Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben

91

92 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht

93 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,
94 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der
95 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

96
97 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft nicht allen
98 Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.
99 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom
100 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein
101 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten
102 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer
103 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung
104 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu
105 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche
106 Unterstützung.

107 Das Ziel muss sein, die Großzügigkeit im behördlichen Umgang mit den
108 Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle, dezentrale
109 Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und Integrationsangebote
110 von Anfang an für alle zu ermöglichen. Darum unterstützen wir im ersten Schritt
111 die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechtes, wie wir es im Ampel-
112 Koalitionsvertrag festgelegt haben.

113
114 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind
115 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde
116 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015
117 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend
118 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als
119 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei
120 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,
121 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften
122 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die
123 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die
124 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und
125 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches
126 Engagement kann dabei staatliche Strukturen immer nur unterstützen, nicht aber
127 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit
128 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst
129 professionelle Strukturen zu überführen. Wir müssen die Kommunen durch
130 langfristige und konzeptgeleitete Förderung befähigen auf besondere
131 Ankunftsgeschehen reagieren zu können. Kommunen müssen sich vor dem Hintergrund
132 der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen von
133 Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für große
134 Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale
135 Integrationskonzepte, ausreichend Personal in den Verwaltungen und kurzfristig
136 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen.

137
138 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns
139 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die
140 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder
141 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die
142 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung
143 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der

144 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit
145 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene
146 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der
147 aktuellen Situation durch ein Sondervermögen gestärkt werden. Durch ein
148 Integrationsfördergesetz wollen wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig
149 sicherstellen.

150

151 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur Integration
152 schnell in die Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Das stellt die
153 Kommunen vor besondere Herausforderungen, die vielerorts schon volle Schulen und
154 Kindergärten haben. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der
155 Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in "Deutsch als
156 Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden.
157 Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz
158 ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen. Den
159 ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem die Gelegenheit gegeben werden,
160 ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht teilzunehmen.

161

162 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres
163 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser
164 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen
165 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium
166 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen
167 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen
168 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden.

169

170 Energiewende bedeutet Energiesicherheit

171

172 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine
173 Bewusstseins für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
174 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
175 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
176 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
177 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine
178 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen
179 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur
180 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,
181 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,
182 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

183

184 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in
185 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die
186 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II
187 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen
188 Gefahr entschieden abgelehnt.

189 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie
190 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor
191 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,
192 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die
193 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und
194 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die

195 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des
196 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

197 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
198 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
199 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
200 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
201 Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
202 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.
203 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
204 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

205 Der Bund legt jetzt den Hebel um, so dass wir auch in Thüringen bessere
206 Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren haben.

207
208 Das Osterpaket verankert den Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien
209 im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit
210 dient, und macht es für Bürgerenergiegemeinschaften einfacher und
211 unbürokratischer, Wind- und Solaranlagen zu bauen und profitabel zu
212 bewirtschaften (Akzeptanz). Außerdem weitet es die finanzielle Beteiligung von
213 Kommunen so aus, dass Windenergie- und Solaranlagen den Gemeindekassen
214 nachhaltige Erträge bringen.
215 Hemmnisse für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom werden abgebaut. Mieterstrom
216 wird begünstigt, die Einspeisevergütung wieder attraktiver und die Industrie bei
217 der Transformation hin zur Klimaneutralität massiv unterstützt.

218
219 Unternehmen wie die Glasindustrie in Südthüringen drängen zu Recht auf den
220 schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollen die Weichen besser heute
221 als morgen auf Klimaneutralität stellen. Allein bei der Südthüringer
222 Glasindustrie sind 7.000 Menschen beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze hängen davon
223 ab, ob es uns gelingt, die notwendige Transformation voranzubringen. Der Ausbau
224 der Erneuerbaren schafft Arbeitsplätze und bringt Wertschöpfung in die Regionen.
225 Erneuerbare Energien sind längst ein Standortvorteil. Genauso kommt es auf
226 Energieeffizienz und intelligente Energienutzung an. Beispielsweise könnte das
227 Stahlwerk Unterwellenborn künftig Abwärme für tausende Haushalte bereitstellen.

228

229 Weg vom Erdgas

230

231 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu
232 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon
233 derzeit immer noch 40 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der
234 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame
235 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen
236 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,
237 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von
238 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,
239 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis
240 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der
241 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue
242 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

243

244 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist,

245 dennoch aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell
246 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf
247 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.
248 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
249 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

250

251

252 Weg vom Öl

253

254 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die
255 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%
256 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.
257 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige
258 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der
259 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock
260 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein
261 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf
262 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand
263 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum
264 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket
265 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der
266 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege
267 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und
268 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für
269 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger
270 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten
271 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch
272 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der
273 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von
274 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial
275 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche
276 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im
277 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung
278 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen
279 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen
280 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende
281 Erweiterung des Landesförderprogramms WärmInvest. All diese Maßnahmen müssen
282 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

283

284 Hin zu Erneuerbaren Energien

285

286 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen
287 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien
288 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

289

290 - Windkraft -

291

292 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die
293 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und
294 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
295 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse

296 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,
297 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen
298 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist
299 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

300 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige
301 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an
302 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.
303 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht
304 länger leisten.

305 Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie in allen
306 Regionalplänen analog zur neuen bundeslandsspezifischen Flächenzielsetzung in
307 Sommerpaket und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu
308 Windenergieanlagen.

309 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise zum Bau neuer Windenergieanlagen, zum
310 und Kommunen zur Unterstützung bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen und
311 Repowering von Windenergieanlagen an alten Standorten – zur Verantwortung für
312 die Daseinsvorsorge in Thüringen.

313

314 Wir Unterstützung besonders von Bürgerwindparks sowie solcher Projektierer, die
315 nach dem Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten, eine stärkere Einbindung
316 der Bürger*innen bei der Planung neuer Windkraftstandorte bringt mehr
317 Erkenntnisse, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

318 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei
319 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an
320 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir
321 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem
322 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der
323 Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die
324 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

325

326 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das
327 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch
328 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau
329 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und
330 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen
331 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist
332 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den
333 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

334

335 - Photovoltaik -

336

337 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
338 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln
339 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
340 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
341 vorgehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächern zu
342 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
343 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Fantasie können so aus Gegenspieler*innen
344 Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie

345 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche
346 sollen vermehrt genutzt werden.

347

348 - Energiewende ist dezentral -

349

350 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit
351 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,
352 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle
353 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker
354 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu
355 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.

356

357 Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dringend notwendig
358 ist ein effizienteres Planungs- und Genehmigungsrecht, das den Bau von
359 Erneuerbare-Energien-Anlagen deutlich beschleunigt.

360

361 Bei schnelleren Genehmigungsverfahren muss konsequenterweise auch der notwendige
362 Ausbau der Netze (Übertragungs- und Verteilnetz) mit unterstützt werden.
363 Letztere stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Sie müssen
364 grundlegend um- und ausgebaut werden, damit EE-Anlagen auch ans Netz
365 angeschlossen werden können. Gerade für die östlichen Bundesländer ist außerdem
366 wichtig, an das Europäische Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden.

367

368 Um den Turbo zu zünden, brauchen wir spürbar bessere Rahmenbedingungen: vor
369 allem Flächen. Damit wir in den Ländern loslegen können, brauchen wir
370 schnellstmöglich die Novellierung des Baugesetzbuches, des
371 Bundesnaturschutzgesetzes.

372

373 Es braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die nur dann Planungsbeschleunigung
374 insb. für Windanlagen erfolgreich wird umsetzen können, wenn Verfahren zügig
375 digitalisiert, Personal im TMUEN aufgestockt und die Genehmigungspraxis von der
376 unteren Ebene auf die Ebene oberer Landesbehörden (z.B. TLUBN) hoch gezogen
377 wird.

378

379 Das Ziel, zwei Prozent der Fläche in Deutschland für Windräder zu nutzen, muss
380 gerecht unter den Bundesländern aufgeteilt werden. Mit bundesweiten Standards
381 würden für alle die gleichen Regeln gelten. Das stärkt die Akzeptanz und
382 beschleunigt den naturverträglichen Ausbau.

383

384 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat ein
385 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
386 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
387 Klimakrise vorher, u.a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
388 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
389 günstige und saubere Energieversorgung!

390

391 Deshalb müssen und wollen wir eine Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem
392 Handwerk und der Industrie, zusammen mit den Kommunen, Stadtwerken und
393 Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur schnelleren Umsetzung der
394 Energiewende entwickeln.